



## Sand und Öl im EU-Getriebe

von Georg Kreis, Leiter des Europainstituts Basel

Der designierte Präsident der EU-Kommission musste kurzfristig den Vorschlag für die Kommissionszusammensetzung zurückziehen, weil klar wurde, dass er damit – dank der wirklich liberalen Haltung der Liberalen – keine Parlamentsmehrheit finden wird. Ist das nun wieder so ein Vorkommnis, bei dem man mit guten Gründen gegenteiliger Meinung sein und zu völlig konträren Schlüssen kommen kann: Blamage oder Bewährungsprobe?

Gewiss hängt der Befund davon ab, wem er gilt: der EU-Kommission, dem EU-Parlament, ja der EU insgesamt? Unser Urteil mag in hohem Masse von unserer Grundeinstellung gegenüber dem gesamten Unternehmen abhängen. Mögen wir die EU nicht, sehen wir in diesem jüngsten Vorkommnis einen Beweis für deren ewige Untauglichkeit. Halten wir die EU hingegen für ein gutes Projekt, finden wir leicht Argumente, um den gleichen Fall positiv zu würdigen.

Ohne positive oder negative Vorurteile bedienen zu wollen, ist festzuhalten, dass hier ein strukturelles Problem durch diesen Zwischenfall ein Gesicht bekommen hat: Einerseits sind es die nationalen Regierungen, die bestimmen können und dies nach innen- und parteipolitischen Gesichtspunkten auch tun, indem sie sagen, wer als ihre „Vertretung“ in der Kommission sitzen soll. Diese Nominierungen sind oft begleitet mindestens von Wünschen, wenn nicht Zwängen in der Frage, welches Ressort der nationale Kandidat erhalten soll. Der Kandidat etwa der nicht sehr justizfreudigen italienischen Regierung

zum Beispiel das Justizressort. Der Kommissionspräsident muss dann als „ehrlicher Makler“ versuchen, daraus ein Produkt herzustellen, das ihm das Parlament abkauft.

Dieses Parlament, anfänglich ein ausgesprochen schwaches Gremium, hat mit der Zeit mehr Kompetenzen erhalten. 1995 durfte es erstmals die Kommissionskandidaten einer Prüfung unterziehen. Seither nimmt es eine gemischte Position aus Stärke und Schwäche ein. Die Stärke besteht darin, dass die Zusammensetzung der Kommission seiner Zustimmung bedarf. Und die Schwäche? Sie ergibt sich daraus, dass es vorher und nachher weit weniger mitreden kann und demnach seine Stunde logischerweise auch gerne nutzt. Eine Premiere ist der aktuelle Fall nicht. Das Parlament hat gegenüber der Kommission schon einmal seine „Zähne“ gezeigt und 1999 die wegen Misswirtschaft in Misskredit geratene Kommission Santer zum Rücktritt gezwungen.

Es besteht aber kein Grund, in diesem Zwischenfall - mit Bedauern oder Frohlocken - eine Krise der Institutionen zu sehen. Es handelt sich um einen normalen demokratischen Vorgang. Jeder Problemfall kann aber, das ist nicht verboten, zum Anlass genommen werden, sich eine Verbesserung der institutionellen Machinerie auszudenken. Etwa dahingehend, dass inskünftig Kommissionspräsidenten nicht mehr gezwungen sein müssten, die vorgeschlagenen Kommissare einfach zu übernehmen. Damit käme statt Sand wieder Öl ins Getriebe. Im Dreieck der Macht wären Kommission und Parlament eigentlich

die supranationalen Verbündeten gegen die nationale Hochburg der Regierungsvertretungen im so genannten „Rat“.

Wie in jedem Zusammenspiel von Organen gibt es Muskelspiele. Das ist auch auf der nationalen Ebene so und wird nicht plötzlich speziell negativ, bloss weil es auf der supranationalen Ebene stattfindet. Erfreulich ist, dass das Parlament, von Kommissionspräsident Barroso zunächst vor die Alternative „alles oder nichts“ gestellt, der Versuchung nicht erlegen ist, mit falscher *grandezza* über die ein-zwei problematischen Gestalten hinwegzusehen und dem aufwändig zusammengestellten Paket *in globo* seinen Segen zu erteilen. Bei der Verweigerung mag auch etwas Profilierungsbedürfnis mitgespielt haben. Das Votum zeigt aber vor allem, dass die EU eben mehr ist, als ein Zollverein, mehr als eine Agentur, die sich mit der berühmten Gurkenkrümmung oder den Apfelgrößen befasst. In der EU sind auch die immateriellen Werte ernst zu nehmen. Die hohen Werte von Demokratie und Menschenrechte werden – mit allen Zufälligkeiten der Tagespolitik – heruntergebrochen auf Konkretes, und sie werden erfreulicherweise auch dann eingelöst, wenn es um die höchst relevante Frage geht, wie sich Behördenmitglieder über die Stellung der Frau oder Einstufung von Homosexualität äussern.

Alles in allem sollten die Parlamentarier im Siegestaumel aber nicht vergessen, dass es leichter ist, eine Verweigerungsmehrheit zu finden als konstruktive Mehrheiten zu bilden. Der demnächst nur noch ein Stück Erinnerung bildende Vorfall der vergangenen Woche müsste genutzt werden, um im sicher schon bald einmal eintretenden Bedarfsfall auch positive Koalitionen zu finden.

## „The Constitutional Treaty: Devil in the Details“



Vortrag von Prof. Richard Baldwin, im Rahmen der Diplomfeier des NDS XI, 18. Oktober 2004, Museum der Kulturen Basel

von Ulf Lewrick, Assistent Ökonomie

Was ruft der Ökonom einer verirrten Heissluftballon-Mannschaft auf ihre Frage, wo sie seien, zu? „In einem Heissluftballon!“ Sehr präzise, absolut korrekt und vollkommen wertlos. Mit dieser pointierten Einleitung umriss Professor Richard Baldwin, diesjähriger Referent in der Aulat der alten Universität anlässlich der Diplomfeier zum interdisziplinären „Master of Advanced European Studies“ des Europainstituts der Universität Basel, die öffentliche Meinung über die Zukunft der Wirtschaftswissenschaftler.

Doch gerade in der Konzentration auf die Kernaspekte einer Fragestellung sieht Baldwin das Potential für die Ökonomie, auch komplexe Sachverhalte zu erklären, wenngleich dies oftmals eine rigorose Vereinfachung erfordert. In seiner Rede widmete sich Baldwin gleich zwei dieser Kernaspekte der EU – den Abstimmungsregeln, wie sie in den Verträgen von Amsterdam, Nizza und der EU-Verfassung verankert sind sowie der Distribution des Budgets der Gemeinschaft. Beide Bereiche beinhalten gewaltigen Zündstoff für die anstehende Ratifizierung der EU-Verfassung, da gerade in ihnen der „Teufel im Detail steckt“.

Die Abstimmungsregeln, wie sie im Vertrag von Nizza niedergelegt sind, bergen bedeutende Risiken für die Zukunft der EU. Diese Regeln traten am 1. November 2004 in Kraft und werden für die nächsten fünf Jahre den Rahmen für die Entscheidungen des Rates abstecken. Im Vergleich zu den bisherigen Regelungen wurden Stimmengewichte zu Gunsten der grossen und annähernd grossen Mitgliedsstaaten verlagert, gleichzeitig stellen die Regeln jedoch deutlich höhere Anforderungen an das Erreichen einer qualifizierten Mehrheit. Insgesamt

wertet Prof. Baldwin die Entscheidungen von Nizza somit als „einen Schritt vorwärts und zwei Schritte zurück“, da mögliche Effizienzgewinne der Stimmenverlagerung durch verschärfte Mehrheitskriterien konterkariert werden. Um dieses Ergebnis analytisch zu fundieren, entwickelte Richard Baldwin ein Modell zur Ermittlung der Umsetzungswahrscheinlichkeit eines Antrages im Rat. Dabei galt es die rein rechnerisch 134 Millionen möglichen Koalitionskombinationen einer EU mit bis zu 27 Mitgliedern zu verarbeiten. Die Ergebnisse weisen darauf hin, dass in Relation zu den derzeitigen Regeln und den Regeln der EU-Verfassung, der Vertrag von Nizza das Erreichen von qualifizierten Mehrheiten deutlich erschwert und möglicherweise die EU in den nächsten fünf Jahren zu lähmen droht. Demgegenüber steht eine deutlich erhöhte Effizienz gemäss den Regeln der EU-Verfassung ab November 2009, der mit erneuten Einschnitten zu Lasten kleineren Mitgliedsstaaten jedoch ein steiniger Ratifizierungsprozess bevorsteht.

Im zweiten Teil seiner Rede wies Prof. Baldwin bewusst provokativ auf die drängenden Verteilungsfragen einer erweiterten EU hin. Zur Abwehr weiterer unvollständiger Reformversuche forderte er ein radikales Umdenken in der EU. Grundsätzlich solle die EU nur noch die Entscheidungen verhandeln, die für alle Mitgliedsstaaten mit positiven Effekten verbunden sind. Klassische Nullsummenspiele hingegen – wie z.B. die Verteilung des Budgets – sollen weitmöglichst den einzelnen Mitgliedsstaaten über-

lassen werden. Insbesondere die Agrarpolitik, die durch produktionsorientierte Subventionen Fehlallokationen provoziert, könne durch die Mitgliedsstaaten effizienter organisiert werden. Darüber hinaus zeigen sich in der EU erhebliche Defizite in der Strukturförderung, da sie weder einkommensschwache Haushalte unterstützt, noch einer Kosten-Nutzen-Analyse unterzogen wird. Daher propagiert Richard Baldwin eine Umwandlung dieser Förderung in eine auf ihre Effizienz hin überwachte Projektfinanzierung.

Insgesamt liesse sich mit Hilfe der Rückführung der EU auf ihre Kernkompetenzen eine deutliche Senkung des Budgets bei gleichzeitiger Steigerung der Wohlfahrt in den Mitgliedsstaaten erreichen. Zudem sei auf diese Weise die EU für weitere Erweiterungen gerüstet. „And when that happens, maybe Switzerland can join!“, so der Referent zum Abschluss seines mitreissenden Vortrages.

**Zur Person:** Professor Richard Baldwin ist ein international renommierter Ökonom, der zu zahlreichen Themen sowohl in akademischen Zeitschriften wie auch in politikorientierten Artikeln und Büchern bedeutende Beiträge publiziert hat. Er ist seit 1991 Professor für internationale Ökonomie am Graduate Institute of International Studies in Genf.



Europainstitut der Universität Basel  
Gellertstr. 27  
Postfach, 4020 Basel



## Der EU-Verfassungsvertrag unterzeichnet

von Christa Tobler

Am 29. Oktober 2004 unterzeichneten die Staats- und Regierungschefs der gegenwärtig 25 Mitgliedstaaten der Europäischen Union in Rom in feierlichem Rahmen den sog. EU-Verfassungsvertrag. Im gleichen Raum wurde anno 1957 bereits der wichtigste der bisher bestehenden europäischen Verträge unterzeichnet, nämlich den damaligen EWG-Vertrag. Im Rahmen der Vertragsrevision von Maastricht von 1992 wurde die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft umbenannt in Europäische Gemeinschaft; als solche war sie nun eine von drei Europäischen Gemeinschaften, neben der Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS, welche allerdings auf 50 Jahre beschränkt war und im Jahr 2002 auslief) und der Gemeinschaft für Atomenergie (Euratom). Durch die Revision von Maastricht wurde um diese drei Gemeinschaften herum die Europäi-

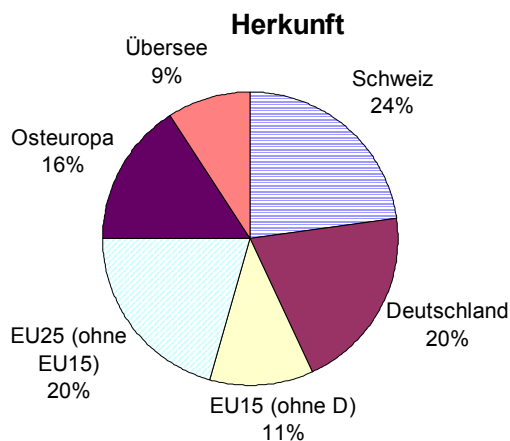
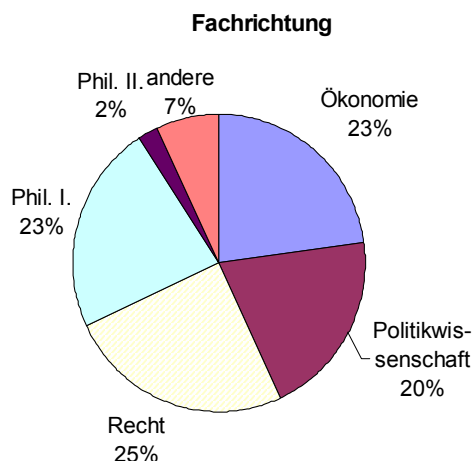
ische Union gebaut, ein komplexes Gebilde mit verschiedenen Teilen (Säulen), der eine und stärkste eben aus den damals noch drei Europäischen Gemeinschaften bestand. Der nun unterzeichnete EU-Verfassungsvertrag (offiziell etwas gar umfassend „Vertrag über eine Verfassung für Europa“ genannt) vereinfacht nun die strukturelle Situation insofern, als er nicht mehr zwischen verschiedenen Ebenen und Säulen unterscheidet. In seinem Rahmen gibt es nur noch die EU als einheitliche völkerrechtliche Organisation mit Rechtspersönlichkeit, nicht mehr aber die bisher in sie integrierte speziellen Gemeinschaften als eigenständige internationale Organisationen mit eigenen Verträgen. Im Übrigen handelt es sich allerdings um ein umfangreiches und sehr komplexes Dokument, das namentlich bezüglich der Verteilung der Kompetenzen (sowohl zwischen

den Mitgliedstaaten und der EU wie auch zwischen den EU-Institutionen) zahlreiche und zum Teil heiss umstrittene Neuerungen bringt. Der Text basiert auf dem Entwurf, welchen der sog. Konvent – ein eigens zu diesem Zweck eingesetztes Gremium unter der Leitung des früheren französischen Präsidenten Giscard d’Estaing – im Sommer 2003 vorgelegt hatte. Die EU-Mitgliedstaaten erreichten darüber erst ein Jahr später und nach einigen Änderungen die politische Einigung, welche nun mit der Unterzeichnung in Rom formell besiegelt worden ist. Der Text des Vertrages wird im Amtsblatt der EU veröffentlicht werden, allerdings nur in der sog. C-Serie (C=communications, für Mitteilungen), da die Rechtskraft des Dokumentes von der Ratifizierung in den einzelnen Mitgliedstaaten nach ihren internen Vorschriften abhängt. In einer Anzahl von Mitgliedsländern wird zu diesem Zweck eine Volksabstimmung abgehalten, deren Ausgang in einigen Fällen sehr unsicher ist. Der Stand der Ratifizierung lässt sich auf der Verfassungswebsite der EU verfolgen ([http://europa.eu.int/futurum/referendum\\_de.htm](http://europa.eu.int/futurum/referendum_de.htm)).

## Der neue MAES-Studienlehrgang 2004/2005

zusammengestellt von Didier Plaschy, Assistent der Institutsleitung

Der neue Studiengang wird von 30 Frauen und 14 Männern bestritten, welche aus 19 (!) Ländern kommen. Ein Überblick:



# Erste Eindrücke der neuen Studierenden



## „Europa“ entdecken

von Klara Kammermann,  
Tschechische Republik

Anfangen hat der erste Tag ja blendend – den Weg in die vornehme Villa fand ich im ersten Anlauf. Dank der frühen Vorstellungsrunde lernte ich die anderen Leute kennen, die mit mir im nächsten Jahr die Bank drücken werden und in der Pause gab es sogar Gipfeli und Orangenjus. Durch interessante Pausengespräche gut gelaunt und entspannt, kehrte ich ins Unterrichtszimmer zurück. Und da nahm der Ernst des (Studenten-)Lebens mit einem steilen take-off seinen Anfang. „Steigen wir doch mit einer Fachdiskussion in die Materie ein“, hiess es vom Professorentisch. Dieser Satz bewirkte in mir einen leichten Schock, denn was soll ich, eine Historikerin, zu diesem komplexen interdisziplinären Fachgespräch schon

beitragen? Für dieses Mal blieben wir verschont.

Nach einem eloquenten Hin und Her zwischen den Professoren der drei Fachbereiche waren wir an der Reihe: „Dies sind die Anforderungen für die Prüfungen, diese Literatur müsst ihr bis zur Klausur gelesen haben und übrigens: diese einige Dutzend Seiten bis morgen...“ und Impulse verschmolzen in meinem Kopf zu einem riesigen Europa-Fragezeichen. Nach Hause ging ich nach diesem langen Tag doppelt beladen – mit einer schweren Tasche und einem vollen Kopf. Dafür wusste ich aber, was mich ab morgen erwartet – kein Honig-lecken (Entschuldigung: keine Gipfeli und Orangenjus), sondern die Begradigung des Fragezeichens „Europa“!



## First Impressions

von Christina Papageorgiou,  
Griechenland

At the right place, on the right moment!

This describes exactly my thoughts during the first weeks of attending the Europainstitut.

We are gathered together 44 (young in the majority, excluding myself) people, from different countries, with different studies and experiences, with different career prospects, having something in common: we all seek a comprehensive view of the European phenomenon, unique on account of its achievements, using an interdisciplinary approach, including methods and tools of history, political science, international relations, economics and law. This approach is definitely demanding and sometimes difficult for people not having the relevant background, but the final result is definitely (I know it from past experiences) going to be a broad, global knowledge and a deeper understanding of our economic and social environment.

Another positive remark has to do with the use of English and German during the introductions, which definitely makes us familiar to the terminology in both languages. French is also used later for some of the introductions.

Ending my message, I want to add that whatever the personal goal of each one of us is, the common "trip" to this extraordinary attractive multinational integration process, seems already to be very interesting, rewarding us with the knowledge we acquire day by day.

## Veranstaltungs- und Literaturhinweise

### 22. November 2004, Tagung „Parallelimporte und der Schweizer Pharmamarkt - Analyse und Bewertung“

Veranstaltung des Europainstituts der Universität Basel in Zusammenarbeit mit dem WWZ-Forum. Bitte anmelden.

### 2. Dezember 2004, 16.15 Uhr „Die Untersuchung des irakischen Programms 'Oil for food'“

Prof. Mark Pieth, Professor für Strafrecht und Mitglied der UNO-Sonderkommission, Öffentliche Veranstaltung, Kollegiengebäude Hörsaal 102, Universität Basel

### 4. Dezember 2004, 14-18 Uhr „70 Jahre Europa-Union“

Die „Neue Europäische Bewegung der Schweiz“ feiert ihren 70. Geburtstag, Hilton Hotel, Basel

### 18. Januar 2005, 18.15 Uhr „Die Haftung für Transportschäden in Europa und anderswo.“

Dr. Vesna Polic, Allianz Suisse, Öffentlicher Vortrag, Europainstitut, Basel

Buch-Hinweis:

### „The European Central Bank“

von Hanspeter K. Scheller, European Central Bank, Frankfurt/M., ehemaliger Referent am Europainstitut